DIE
PLATYPUS REVIEW
- deutschsprachige Ausgabe -

ANTIFASCHISMUS UND DIE LINKE

Lucas Burisch

DEUTLICH WURDE: DIE SIEGER VON 1989 WAREN DOCH NICHT SO ERFOLGREICH

Ein Interview mit Stefan Bollinger

Henning Schneider und Daniel Krank

POLITIK IN DEN OFFENEN RAUM DER GESCHICHTE HINEIN

Ein Interview mit Tobias Schweiger

Andreas Wintersperger

19

www.platypus1917.org/die-platypus-review/

Ausgabe #19 | Mai/Juni 2022

Gefördertes Sonderprojekt der HochschülerInnenschaft an der Universität Wien

ANTIFASCHISMUS UND DIE LINKE

von Lucas Burisch

Platypus als Organisation hat sich die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zur Auflösung ideologischer Hindernisse innerhalb der Linken zu leisten. „Die Linke ist tot, lang lebe die Linke!" ist unser Slogan. „Die Linke ist tot!", das heißt sie ist gescheitert, gefangen in einer Sackgasse, aus der sie keinen Ausweg findet. „Lang lebe die Linke!", das heißt wir wollen dazu beitragen, dass sie einen Ausweg findet, durch Aufklärung über die Geschichte des Marxismus und der Linken. Beide Teile des Slogans machen Platypus aus. Würden wir unsere Aktivität einseitig auf die Verkündung des Versagens der Linken reduzieren, so würden wir unserer Aufgabe nicht gerecht. Der ganze Ballast dieser missglückten Geschichte lässt sich nicht einfach abwerfen.[1] So entkommt man nicht dem ewigen Teufelskreis linker Praxis, die zwischen hektischer Euphorie und resignierter Niedergeschlagenheit hin und her schwankt. Man schaue nur darauf, wie oft sich Linke in den letzten ca. 60 Jahren von der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt verabschiedet haben, nur um sie einige Jahre später wieder für sich zu entdecken. Ähnlichen Schwankungen ist die antifaschistische Praxis unterworfen. Auf die amorphe, antiautoritär und antifaschistisch motivierte Studentenrebellion in den 60er-Jahren gegen Notstandsgesetze und Altnazis folgt ein Antifaschismus, der streng dem Aufbau disziplinierter proletarisch-revolutionärer Organisationen untergeordnet ist. Da diese nirgendwo hinführten, folgte auf die zeitweilige Erschöpfung in den 80er-Jahren und der Resignation nach 1989 das Projekt Autonome Antifa. Heute aber scheint man sogar in den ideologiekritischsten Reihen die Abscheu vor den rassistischen Proleten als ein Relikt der 90er- und 00er-Jahre abgelegt zu haben, während gleichzeitig enttäuschte Autonome an die Grenzen ihrer Praxis stoßen, das Scheitern der Antifa verkünden, um nun den Aufbau revolutionärer Organisationen in Angriff zu nehmen. Es gilt nach den spaßigen Jahren in der Szene zur ernsthaften praktischen Politik überzugehen.

Das Gesagte soll hier nur als äußerst kurzer und grober Überblick über die jüngere Geschichte dienen. Der demonstrativ vorgetragene Bruch mit der Vergangenheit bricht eben nicht den Wiederholungszwang.

Die Ohnmacht der Linken lässt sich nachverfolgen bis in die 30er-Jahre, zu den sozialistischen und kommunistischen Massenparteien in Europa im Angesicht des Faschismus. Auf das Wachstum faschistischer Bewegungen antworteten sie mit Panik und Kapitulation, ihre Politik resultierte in ihrer Selbstaufgabe als unabhängige politische und soziale Vertretungsorgane des Proletariats. Revolutionäre Parteien verwandelten sich in Stützen des bürgerlich-demokratischen Regimes.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki begleitete diesen Prozess als letzter Radikaler der II. Internationale, als letzter Vertreter einer Theorie und Praxis, die als ihren Ausgangspunkt die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, inklusive der revolutionären Bewegung selbst, nahm. Die politischen Krisen der 30er-Jahre begriff er als Ausdruck eines grundlegenden Widerspruchs: Auf der einen Seite konstituierten die nach dem Ersten Weltkrieg ungelösten Krisen des Imperialismus, des zerfallenden Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie die überreifen objektiven Bedingungen. Auf der anderen Seite bestimmte die Krise der revolutionären Führung den ungenügend entwickelten Zustand des subjektiven Faktors. Die Intention von Trotzkis Kritik war nicht, auch wenn es auf den ersten Blick so wirken mag, die Bereitstellung unfehlbarer Rezepte zur Bekämpfung des Faschismus. Vielmehr drehte sich bei ihm alles um die Entwicklung proletarischen Klassenbewusstseins, das heißt eines adäquaten Bewusstseins der Arbeiterklasse um die Bedingungen der Möglichkeit der sozialen Revolution. Denn Massen, welche ihr Heil in einem unfehlbaren Führer suchen, von dem sie sich bereitwillig kommandieren lassen, oder die von Vertrauen auf den kapitalistischen Staat erfüllt von diesem ihre Rettung erwarten, werden niemals in der Lage sein, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Ihre Aktion führt mit Notwendigkeit zur Rekonstitution des Kapitalverhältnisses. Eine Politik, welche die Massen in ihren Vorurteilen bloß bestätigt, ist keine revolutionäre, sondern eine konterrevolutionäre Politik.

> ***Die Ohnmacht der Linken lässt sich bis zu den Massenparteien der 30er-Jahre nachverfolgen***

Trotzkis Kritik des Stalinismus bezog sich darauf, dass dieser die Partei im marxistischen Sinne – die politische Organisation der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution – liquidierte. Übrig bleibt ein Apparat, dessen Bewusstsein befangen ist in der unmittelbaren Gegenwart, dessen Politik völlig darauf ausgerichtet ist, seiner Selbsterhaltung zu dienen. Blicken wir zur Veranschaulichung ein wenig genauer auf Trotzkis Schriften zu Deutschland und Frankreich.

Es ist ja schon längst ein Gemeinplatz unter Linken aller Schattierungen, dass die KPD mit ihrer Weigerung, eine Einheitsfront mit der SPD zu bilden, dem Sieg Hitlers Beihilfe leistete. Auch Stalinisten würden

dem beipflichten, um gleichzeitig erstens darauf zu verweisen, dass die SPD ebenfalls die Einheitsfront verweigerte und durch ihre Passivität Hitler den Weg ebnete und zweitens zu betonen, dass die kommunistische Bewegung aus ihren Fehlern lernte, indem sie ihren Kurs korrigierte und nun möglichst breite antifaschistische Bündnisse schmiedete. Trotzki beurteilte die Ereignisse anders:

> Die Stalinsche Bürokratie aber hat es verstanden, die Krise des Kapitalismus und die Krise des Reformismus in eine Krise des Kommunismus zu verwandeln. [...] Man muss es klar, präzise und offen aussprechen: Der Stalinismus in Deutschland hat seinen 4. August erlebt.[2]

Im Deutschland der frühen 1930er-Jahre verdichteten sich alle Widersprüche der internationalen Lage. Somit trat hier auch die akkumulierte Krise der III. Internationale offen ans Tageslicht.

Trotzkis Begriff vom Faschismus ist denkbar simpel: eine Massenbewegung, die sich hauptsächlich auf das verzweifelte Kleinbürgertum und die in der Krise angewachsene Armee an Arbeitslosen stützt. Sein politisches Programm läuft im Kern auf die Zerschlagung und Unterdrückung aller unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse hinaus, also nicht nur Partei und Gewerkschaften, sondern das gesamte Netzwerk an Bildungs- und Sportvereinen, Genossenschaften etc., wodurch das Proletariat als organisierte Klasse in den Zustand einer atomisierten, amorphen Masse zurückgeworfen wird. Damit einher geht die Errichtung einer bonapartistischen Diktatur in der „das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt".[3] Das Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung war für Trotzki vor allem ein Symptom der Kraft- und Orientierungslosigkeit der kommunistischen Partei. Denn objektiv waren maßgebliche Kennzeichen einer potenziell revolutionären Krise gegeben: Das parlamentarische Regierungssystem war einem bonapartistischen Notverordnungsregime gewichen, welches zwischen SPD und NSDAP hin und her lavierte und keine Aussicht auf lange Haltbarkeit hatte. Der sozialdemokratische Reformismus stand mit dem Rücken zur Wand: Politisch längst diskreditiert, verlor sein Programm aufgrund der Tiefe der ökonomischen Krise an Überzeugungskraft, während der Faschismus ganz konkret seine materielle Existenz in Form seines organisatorischen Apparats bedrohte. Dass unter diesen Bedingungen die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse unter Kontrolle der SPD verblieb, zeugte für Trotzki nicht von ihrem Vertrauen in die SPD, sondern von ihrem Misstrauen in die Fähigkeit der KPD, sie zur Revolution zu führen. Die Einheitsfront, also konkrete taktische Abkommen mit der Führung der SPD zur begrenzten gemeinsamen Zusammenarbeit, sollte nach Trotzki ein Mittel dazu sein, die reformistische Führung vor den Augen der Massen im praktischen Kampf zu diskreditieren, und sie so von der Notwendigkeit revolutionärer Politik zu überzeugen.

Polizeieinsatz auf der Place de la Concorde in Paris, 7. Februar 1934.[5]

Die KPD-Führung lehnte jedoch jedes Abkommen mit der „sozialfaschistischen" SPD-Spitze ab. Sie fürchtete über alles einen Verrat der SPD, und zeigte damit nur wie wenig Vertrauen sie in ihre eigene Fähigkeit hatte, die SPD direkt zu konfrontieren. Man beschränkte sich lieber auf beständige Beschimpfung der SPD aus der Distanz. Die Schwäche der KPD, bedingt durch den Umstand, dass sie kaum Stützpunkte innerhalb der Betriebe hatte, da ihre Anhängerschaft hauptsächlich aus durch die Krise radikalisierten Arbeitslosen bestand, verdeckte man durch prahlerischen Verweis auf die steigenden Mitgliedszahlen und Wahlergebnisse.

Hinter ultraradikalen Phrasen wie der, dass zwischen der Regierung Brünings („Brüning-Faschismus"), die mit Notverordnungen und Polizeiknüppel regierte, und dem aufsteigenden Hitler-Faschismus kein qualitativer Unterschied bestünde, versteckten die Stalinisten ihr opportunistisches Vertrauen in den automatischen Gang der Geschichte. Hitler an der Macht würde sich kompromittieren, worauf zwangsläufig der Sieg der Kommunisten folgen werde. Sie theoretisierten, dass der Übergang von der Demokratie zum Faschismus ähnlich wie ein organischer Prozess vor sich gehe und nahmen so die Kapitulation von 1933 vorweg. Trotzkis Diktum, dass sektiererische Abenteurer bloß erschrockene Opportunisten, Opportunisten bloß erschrockene Abenteurer seien, sollte sich 1933 bewahrheiten.[4] Dem Terror der Nationalsozialisten konnten sie nichts als einen panischen Rückzug entgegensetzen. Trotzkis Diagnose, dass die III. Internationale nach der Machtübertragung an Hitler unwiderruflich degeneriert sei, machte er nicht nur am konkreten Inhalt des bereits oben genannten Kurswechsels fest: Die kommunistischen Parteien sollten auf gar keinen Fall die Einheit durch Kritik an den sozialdemokratischen Partnern gefährden, was einer Kapitulation vor dem Reformismus gleichkam. Auch die Art und Weise, wie der Kurswechsel bekannt gegeben wurde, nämlich ohne klare Benennung der Ursachen der Niederlage – die Niederlage wurde sogar geleugnet –, ohne

breite Diskussion und Aufarbeitung der vergangenen Politik, deuteten unzweifelhaft darauf hin, dass die III. Internationale nicht mehr reformierbar war. Ihr inneres Regime war nur dazu geeignet, empiristische Apparatschiks, keine revolutionären Kader zu erziehen.

Im Zuge der Ereignisse in Frankreich 1934 zeigte sich die III. Internationale von ihrer neuen, offen reformistischen Seite. Am 6. Februar 1934 versuchten bewaffnete Faschisten das Parlament in Paris zu stürmen und scheiterten an der Polizei. Als Reaktion darauf trat die Regierung zugunsten eines Regimes der nationalen Einheit zurück. Gleichzeitig kam es spontan zu gemeinsamen antifaschistischen Demonstrationen kommunistischer und sozialistischer Arbeiter. Unter dem Druck der Basis entstand so auch offiziell eine Einheitsfront beider Parteien. Aus ihr erwuchs schließlich der Volksfront-Gedanke, Bündnisse der Arbeiterparteien mit dem „fortschrittlichen Teil" der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum zu forcieren.

Aus der Erkenntnis, dass die faschistische Demagogie besonders unter dem Kleinbürgertum Anhänger findet, schloss man die Notwendigkeit, nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern sogar mit der liberalen Radikalen Partei, der traditionellen Partei des französischen Kleinbürgertums, eine antifaschistische Volksfront zu bilden. Die Aufgabe, der die revolutionäre Partei des Proletariats gezwungenermaßen gegenübersteht, nämlich die Unterstützung der kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land zu gewinnen, meinte man hier durch Annäherung an die Spitzen ihrer liberalen parlamentarischen Vertreter zu lösen. Für Trotzki war dies eine Kapitulation des Proletariats durch Anpassung an die Vorurteile des Kleinbürgertums und gänzlich ungeeignet, den Sieg des Faschismus zu verhindern. Durch die schwere Krise aufgerüttelt, beginnen die kleinbürgerlichen Massen sich recht schnell vom Parlamentarismus, dem es in ruhigeren Zeiten selig die Treue hielt, abzuwenden und geraten in hektische Bewegung:

> Das Kleinbürgertum in Gestalt der dem Ruin entgegengehenden Massen von Stadt und Land beginnt, die Geduld zu verlieren. [...] Der arme Bauer, der Handwerker, der kleine Krämer überzeugen sich in der Praxis, dass ein Abgrund sie trennt von all diesen [...] politischen Geschäftemachern [...]. Die faschistischen Agitatoren brandmarken und verfluchen die parlamentarische Demokratie, die wohl Karrieristen und Bestechlichen hilft, dem kleinen Arbeitsmann aber nichts bringt. [...] Die Faschisten zeigen sich kühn, gehen auf die Straße, greifen die Polizei an, versuchen mit Gewalt das Parlament auseinanderzujagen. Das imponiert dem in Verzweiflung verfallenen Kleinbürger.[6]

Indem sich die Kommunisten bedingungslos den Reformisten und Demokraten unterordnen, gesellen sie sich damit in den Augen des verzweifelten Kleinbürgers in eine Reihe mit den restlichen Parlamentsmaschinen. Trotzki zog aus der autoritären Sehnsucht nach einem Führer, welche das Kleinbürgertum auszeichnet, den Schluss, dass nur ein Proletariat, das Vertrauen in sein eigenes revolutionäres Programm hat, dem Kleinbürgertum eine revolutionäre, sozialistische Perspektive aus der Krise bietet.

Die Politik der französischen Stalinisten in Frankreich ab 1934 ging nie über den zaghaftesten Reformismus hinaus. Die Bildung von Arbeitermilizen zur antifaschistischen Selbstverteidigung lehnte man als Provokation ab und setzte alles Vertrauen auf den demokratischen Staat, den man dazu bewegen müsse, die faschistischen Banden zu entwaffnen. Diesen galt es ohnehin im Namen der Verteidigung der Sowjetunion zu unterstützen, die nämlich zur gleichen Zeit ein militärisches Bündnis mit Frankreich gegen Deutschland schloss. Die beständigen Aufrufe zu Streiks und Demonstrationen wurden möglichst auf ökonomische „Tagesforderungen" beschränkt. Wie in Deutschland vertraute man fatalistisch auf den Gang der Geschehnisse. Ein zu radikaler Kurs würde den Bündnispartner verschrecken, die Krise verschärfen und damit nur den Faschisten helfen. Man vertraute auf eine kommende Volksfront-Regierung, die dann auch schließlich 1936 kam und sich sogleich – in Trotzkis Worten – als Bremse der Massenbewegung erwies. Denn auf den Wahlerfolg der Volksfront antworteten die Arbeitermassen mit einer landesweiten Welle von Streiks und Fabrikbesetzungen, welche jedoch im Sande verlief. Die Führungsspitzen nutzten das Vertrauen, dass ihnen ihre Basis entgegenbrachte, um die Streikbewegung zurück in den Rahmen von Gesetz und Ordnung zu führen. 1938 schließlich brach die Regierung zusammen, das neue Kabinett, aus dem die Sozialisten herausgedrängt wurden, revidierte die Reformpolitik der Volksfront: „Gemeinsame Versammlungen, Paradeumzüge, Schwüre [...], Lärm, Geschrei, Demagogie – alles dient einem einzigen Zweck: die Massenbewegung zum Stehen zu bringen und zu demoralisieren."[7] Auch wenn sich dieses Zitat auf Frankreich bezog und sich meine Darstellung hier nur auf Frankreich beschränkt, so beschreibt es präzise das Resultat der angestrengten Bemühungen der Stalinisten in Amerika und Westeuropa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, jede spontane Regung der Massen in den Rahmen des bürgerlich-demokratischen Staates zu kanalisieren.

Das Jahr 1933 bedeutete nicht nur für Trotzki einen Neuanfang in Form des Wiederaufbaus revolutionärer Parteien. Für die Marxisten der Frankfurter Schule galt es, im Exil den Marxismus als Kritische Theorie in einer Epoche der „allgemeinen Liquidierung des Marxismus bei den offiziellen Spitzen der Arbeiterbewegung"[8] zu retten und gegen jede Vulgarisierung zu bewahren. Es galt, dem grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus zwischen industriellen Produktivkräften und bürgerlichen Produktionsverhältnissen in all seinen Erscheinungsformen nachzuspüren, um so einen Beitrag zum Verständnis einer Epoche zu leisten, in der sich die unterdrückten Menschenmassen lieber mit der sie unterdrückenden Kultur identifizierten, als sich von dieser zu

befreien. Die Diagnose ihrer Epoche als die vom verfallenden Monopolkapitalismus, den sie wie Trotzki aus der orthodox-marxistischen Tradition übernahmen, trieb sie unter dem Eindruck der Integration der Organisationen der Arbeiterbewegungen konsequent zu den Begriffen von Staatskapitalismus und autoritärem Staat hin. Dieses Regime verstanden sie als Produkt der Periode der großen Katastrophen seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Auf den darauffolgenden weltweiten Bürgerkrieg, der außer in Russland mit dem Sieg der Konterrevolution endete, folgte die Zusammenbruchskrise von 1929 mit all ihren schwerwiegenden Verwerfungen. Der Trend ging zum Staatskapitalismus wie Friedrich Pollock ihn 1941 definierte. Dieser zeichnet sich nicht etwa dadurch aus, dass der Staat Eigentümer des gesamten nationalen Kapitals wird, sondern durch die Liquidierung der Zirkulationssphäre.[9] Dies bedeutet aber nicht unbedingt die Abschaffung von Kategorien wie Preis, Zins oder Profit, sondern ihre bewusste Indienstnahme als Werkzeuge staatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche die Umsetzung eines Plans zur Erreichung von Vollbeschäftigung zum Zweck hat. Die große Machtfülle, mit der der Staat so ausgestattet wird, einzig und allein um die herrschende, in Klassen gespaltene Gesellschaftsstruktur zu bewahren, spitzt das Problem des Kapitalismus als ein politisches zu, nur so ist Pollocks Diktum vom „Primat der Politik" zu verstehen.[10]

Das Erscheinen des autoritären Staates auf der Bildfläche ist von der Politik der Arbeiterbewegung nicht zu trennen. Die Verschmelzung der Arbeiterbürokratie mit der des jeweils „eigenen" Staates bedeutet, dass die Institutionen, die sich die Arbeiterklasse im Zuge ihres Befreiungskampfes schuf, sich aus Instrumenten der Emanzipation zu Werkzeugen ihrer eigenen Unterdrückung verwandelten. Die Organisation wurde sich zum Selbstzweck, unter dem allgemeinen gesellschaftlichen Druck wurde sie zum Racket, das in ständiger Konkurrenz mit anderen Korporationen um Macht und Einfluss, um Brocken vom Tisch der Herrschenden kämpft. Ohne die Niederlage des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung gegen die Desorganisation der Klasse zur kommandierten Masse, der spätestens seit dem Revisionismusstreit einen Kampf gegen diesen Trend zur reformistischen Selbstgenügsamkeit führte, ist der Übergang zur Massengesellschaft nicht begreifbar.

Atomistische Individuen, die sich unter einem Führer zur Masse zusammenschließen, auf den sie all ihren Wunderglauben projizieren, und zu jeder Grausamkeit gegen das schlechthin Andere bereit sind, durchziehen die gesamte Epoche der bürgerlichen Gesellschaft, wie Horkheimer in seiner großen Studie über die bürgerlichen Revolten – von den Aufständen in den italienischen Stadtstaaten des 15. Jahrhunderts, über die Reformation und die Bauernkriege hin zur Großen Französischen Revolution – nachzeichnet. Jedoch räumt er in *Egoismus und Freiheitsbewegung*[12] diesen historischen Ereignissen eine fortschrittliche Rolle in der Geschichte der Menschheit ein. Die grundlegende massenpsycho-

Parade der Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale (Freiwillige Miliz für die nationale Sicherheit) vor Benito Mussolini anlässlich ihres 17. Geburtstags auf dem Palazzo Venezia in Rom, 31. Januar 1940.[11]

logische Dynamik ist beim Faschismus eine ähnliche: Verelendete Massen, die sich unter der Losung von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Bewegung setzen, angetrieben vom dumpfen Drang, ihre Lage zu bessern, werden durch die herrschende Zivilisation gezwungen, auf die Befriedigung ihrer innersten Triebregungen zu verzichten und die Wut über den Verzicht nicht auf die sie unterdrückende Herrschaft, sondern auf sich selbst und Schwächere zu richten. So verinnerlichen die Massen die Tabus und Normen ihrer eigenen Unterdrückung. Doch während Horkheimer in Erhebungen wie der Französischen Revolution und dem damit verbundenen Terror noch einen fortschrittlichen historischen Zweck erblicken kann, so ist der moderne Antisemitismus und das damit verbundene Morden sich selbst Zweck.

Dies hängt ganz grundlegend damit zusammen, dass Geschichte, der Gang der Gesellschaft in ihrer Produktion und Reproduktion, im Kapitalismus nicht nach einem rationalistischen Muster verläuft. In dem Moment, in dem die bürgerlichen Produktionsverhältnisse historisch obsolet werden, das heißt eine klassenlose Gesellschaft möglich wird, unterliegen die bürgerlichen Vermittlungsformen einem Wandel. Das Potential einer höheren Gesellschaftsform drückt sich negativ in Zerfall und Krise der alten Lebensformen aus. Diese werden fetischisiert und verdinglicht, während ihre Substanz zerfällt, die Form wird auf Kosten des Inhalts konserviert.

Am Beispiel von Autorität und Familie lässt sich das besonders leicht verdeutlichen: Der Kapitalismus zerschlägt durch seine Tendenz zur Konzentration und Zentralisation den alten familiären Kleinbetrieb, er entzieht so der bürgerlichen Kleinfamilie ihre eigene ökonomische Grundlage. Die Entwicklung der großen Industrie bietet den einzelnen Familienmitgliedern die Möglichkeit, außerhalb vom familiären Zusammenhang

den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten, während die allgemeine Proletarisierung der Gesellschaft und die damit einhergehende Unsicherheit der Anstellung des Vaters seiner Autorität im Haushalt die Form einer willkürlichen, austauschbaren Gewalt gibt. Die Familie wird so zum ersten Übungsplatz fürs Kind, sich Autorität schlechthin anzupassen. Der Triebkonflikt des Kindes wird nicht durch den Konflikt mit der konkreten Vaterfigur hindurch über die Identifikation mit dem Vater aufgelöst. Von der Autorität der Familie bleibt nur die von jedem Inhalt entleerte abstrakte Form übrig. So entsteht die Bereitschaft im Individuum, sich mit jeder beliebigen Autorität zu identifizieren, vorausgesetzt dass diese nur mächtig genug sei.

Die Individuen und die Massen, die sie bilden, wissen um den Umstand, dass dieser gesellschaftliche Zustand sie um das Potenzial betrügt, frei vom Zwang des allgemeinen Triebverzichts zu sein. Die Zivilisation erzeugt die Barbarei, die Wut auf die Verhältnisse in denen jeder auf seine Kosten kommen könnte und es doch nicht kann. Sie wissen, dass der Antisemitismus eine Lüge ist, dass ihr Führer sie systematisch belügt und manipuliert:

> Dieser Widerspruch schwächt ihre Gewalttätigkeit nicht, sondern steigert sie noch. Die, die nicht an ihre eigene Sache glauben können, [...] suchen sich die Wahrheit ihres Evangeliums durch die Realität und die Unumkehrbarkeit ihrer Handlungen stets aufs Neue zu beweisen.[13]

Ohne konkreten Ausweg aus dem Kapitalismus – ohne revolutionäre sozialistische Perspektive – müssen sich die Massen die Unmöglichkeit, aus den sie unterdrückenden Verhältnissen auszubrechen, sich selbst durch die Tat beweisen, ihre eigene Ohnmacht bestätigen:

> Just as little as people believe in the depth of their hearts that the Jews are the devil, do they completely believe in the leader. They do not really identify themselves with him but act this identification, perform their own enthusiasm, and thus participate in their leader's performance. It is through this performance that they strike a balance between their continuously mobilized instinctual urges and the historical stage of enlightenment they have reached, and which cannot be revoked arbitrarily. It is probably the suspicion of this fictitiousness of their own „group psychology" which makes fascist crowds so merciless and unapproachable. If they would stop to reason for a second, the whole performance would go to pieces, and they would be left to panic.[14]

Mit dem autoritären Charakter fand die Frankfurter Schule einen Begriff, der die psychische Disposition der Massen, ihre Bereitschaft zur Unterordnung unter die bestehenden Verhältnisse adäquat zum Ausdruck brachte. Sie achtete dabei aber penibel darauf, klarzustellen, dass dieser Begriff eine notwendige, aber keine hinreichende Erklärung für die Bereitschaft zum Morden war. Der Umstand, dass das Individuum bis in seine tiefsten Regungen hinein ein Produkt dieser Gesellschaft ist, bedeutet eben auch, dass die Fähigkeit zur Grausamkeit gesellschaftlich produziert ist. Das Potential zur Barbarei liegt der Gesellschaft inne, sie kann nicht durch Psychotherapie oder durch Reformierung der herrschenden Zustände beseitigt werden.

Die Tendenz zur totalitären Herrschaft lebte auch nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland fort. Die Kriegsgegner der Nazis waren unter den Bedingungen des totalen Krieges gezwungen, auf ihre Weise dieselben Aufgaben zu bewältigen, auf die der Nationalsozialismus Antworten versprach, beispielsweise das Problem von Vollbeschäftigung. Der gesellschaftliche Trend, der den Nationalsozialismus hervorgebracht hatte, drückte der gesamten Gesellschaft ihren Stempel auf. Liest man Herbert Marcuses *Feindanalysen*[15] über die Art und Weise, wie die Nazis einen riesigen kulturindustriellen Apparat zur vollständigen rationalen Organisation der Freizeit der Individuen schufen, erkennt man den rationalen Kern in der post-faschistischen linken Kulturkritik, die gleich eines Paranoikers tendenziell in jeder gesellschaftlichen Erscheinung den Faschismus wiedererkennt.

Adornos Vorträge nach 1945 sprechen diese Gefahr der Wiederauferstehung des Faschismus zwar an, doch noch mehr befasst er sich darin mit der ganz alltäglichen Barbarei in dieser Gesellschaft und der überaus begrenzten Möglichkeit des Subjekts, dieser Einhalt zu gebieten. Während Adorno versuchte, diesen Widerspruch auszuhalten – denn nur ein reflektiertes Bewusstsein um die eigene Ohnmacht könne laut ihm diese erst aufheben –, warf ihm die Studentenbewegung in den 60er-Jahren Resignation vor. Ich möchte dafür mit einem Zitat von Gerd Koenen enden, der damals in dieser Bewegung aktiv war, das diesen Umstand präzise zusammenfasst:

> Adorno hatte schon recht, als er in einem Interview sagte, er habe doch [...] „nicht ahnen können", daß Leute seine Theorien „mit Molotow-Cocktails verwirklichen" wollten. Schließlich habe er „niemals irgend etwas gesagt, was unmittelbar auf praktische Aktionen gezielt hätte". Aber das war ja das Problem! Eben damit versetzte er seine Schüler [...] in eine schier unerträgliche Spannung. Wenn die bürgerliche Gesellschaft einer universalen Tendenz zum Faschismus unterlag, [...] wie konnte der Imperativ, alles zu tun, „daß Auschwitz nicht sich wiederhole" auf ein paar vage, defensive Erziehungs- und Aufklärungsmaßnahmen oder selbstgenügsame „Anstrengungen des Begriffs" reduziert werden?![16]

|P

Der vorliegende Text wurde am 28.01.2022 auf dem Platypus Day *im Rahmen eines Teach-Ins vorgetragen. Das Teach-In sowie die anschließende Diskussion kann hier angehört werden:*

1 Vgl. Frederic Eylenstein: „Den ganzen Ballast einer missglückten Geschichte abwerfen. Ein Interview mit Rajko Eichkamp", *Deutschsprachige Platypus Review* Nr. 8 (Frühjahr 2018), S. 9–14. Online abrufbar unter: https://platypus1917.org/2018/06/22/den-ganzen-ballast-einer-missgluckten-geschichte-abwerfen/.

2 Leo Trotzki: „Die Tragödie des deutschen Proletariats", *Unser Wort* Nr. 2 (Jg. 1, 1933). Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Reichstagsfraktion für die Kriegskredite. Online abrufbar unter: https://bit.ly/3468L6H.

3 Leo Trotzki: *Was Nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.* Berlin 1932. Online abrufbar unter: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/was-nun/index.htm.

4 Leo Trotzki: „Wohin geht Frankreich? 2. Teil", in: *Wohin geht Frankreich?*, Antwerpen 1936. Online abrufbar unter: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1935/wohinfr2/02.htm.

5 Dieses Foto besitzt gemeinfreien Status.

6 Leo Trotzki: „Wohin geht Frankreich? 1. Teil", in: Ebd. Online abrufbar unter: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1934/wohinfr1/wohin1.htm#zusa.

7 Leo Trotzki: „Frankreich an der Wende", in: Ebd. Online abrufbar unter: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1936/06/inhalt.htm.

8 Leo Trotzki: „Vorwort", in: Ebd. Online abrufbar unter: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1936/06/vorwort.htm.

9 Friedrich Pollock: „Is National Socialism a New Order?", *Zeitschrift für Sozialforschung* Nr. 3 (Jg. 9, 1941), S. 450.

10 Friedrich Pollock: „State Capitalism: Its Possibilities and Limitations", in: *The Essential Frankfurt school reader*, Hrsg. Andrew Arato und Eike Gebhardt, New York City 1982, S. 71–94.

11 Dieses Foto besitzt gemeinfreien Status.

12 Max Horkheimer: „Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters", *Zeitschrift für Sozialforschung* Nr. 2 (Jg. 5, 1936), S. 161–234.

13 Theodor W. Adorno: *Bemerkungen zu „The Authoritarian Personality"*. Frankfurt a. M. 2019 [1948], S. 29.

14 Theodor W. Adorno: „Freudian Theory and the Pattern of Fascist Propaganda", in: *The Essential Frankfurt school reader*, Hrsg. Andrew Arato und Eike Gebhardt, New York City 1982, S. 136–137.

15 Herbert Marcuse: *Feindanalysen. Über die Deutschen.* Lüneburg 1998.

16 Gerd Koenen: *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977.* Köln 2001, S. 117.

DEUTLICH WURDE: DIE SIEGER VON 1989 WAREN DOCH NICHT SO ERFOLGREICH

Ein Interview mit Stefan Bollinger

von Henning Schneider und Daniel Krank

Stefan Bollinger ist Politikwissenschaftler und Historiker mit dem Forschungsschwerpunkt deutsch-deutsche und osteuropäische Geschichte. Außerdem ist er Redakteur der Zeitschrift Marxistische Erneuerung.

Das Interview wurde am 15.04.2021 von den Platypus-Mitgliedern Henning Schneider und Daniel Krank geführt. Es folgt eine gekürzte und editierte Version des Gesprächs.

HENNING SCHNEIDER UND DANIEL KRANK: *Auf unserer Podiumsdiskussion US-Wahlen und die Linke*[1] *wurdest du gefragt, wie du Progressivismus, also die Politik der sozialen Gerechtigkeit, von Marxismus abgrenzen würdest. Was bedeutet das Verhältnis dieser Begriffe für die Linke heute?*

STEFAN BOLLINGER: Progressivismus ist für mich ein Phänomen, das im 19. Jahrhundert im Umfeld des Liberalismus aufkommt und darauf abzielt, das bestehende System zu verbessern, ohne es zu sprengen. Man müsste die Frage aber anders stellen: Was müsste eine sozialistische Bewegung leisten? Soziale Bewegungen entstehen in konkreten Gesellschaften und reagieren auf deren Probleme, Widersprüche und Repressionen. Sie alle müssen sich die Frage stellen, ob sie die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse anzustreben versuchen oder ob sie lediglich Kosmetik betreiben möchten. Auch die sozialistische Bewegung, die spätestens Mitte der 1840er als Antwort auf den sich formierenden Kapitalismus entsteht, sieht sich mit dieser Frage konfrontiert. Auf der Tagesordnung stehen zunächst spontane Widerstandshandlungen: Maschinenstürmerei, Streiks, die Chartistenbewegung, Gewerkschaftsbildung und die Forderung nach höheren Löhnen, weniger Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit. Der Marxismus aber geht über unmittelbare Forderungen hinaus und unternimmt eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der bestehenden Ordnung, die nicht auf Philosophie und Juristerei beschränkt ist, sondern sich mit den ökonomischen Grundlagen dieser Überbauerscheinungen beschäftigt. Das ist der Kern des Konflikts des Marxismus mit

progressivistischen Ansätzen. Der Marxismus zielt – trotz all seiner Vereinfachungen seit Kautsky und Stalin – auf die Klassenwerdung der Arbeiter, auf ihre ideologische Aufrüstung, ihren tagtäglichen Klassenkampf und die Perspektive einer freien Gesellschaft. Marx und Engels dachten aber zu keinem Zeitpunkt, dass sie eine Blaupause für diese Gesellschaft in der Schublade liegen haben. Wir werkeln nun seit 170 Jahren unter kommunistischen, sozialdemokratischen und anarcho-syndikalistischen Vorzeichen an ihr, wissen aber nur, was alles nicht funktioniert hat. Dennoch werden wir diese Suche fortsetzen müssen.

Was genau war der marxistische Ansatz zu der Arbeiterklasse, die sich zunächst an sich zusammenschließt und dann den Sozialismus als Ideologie der Arbeiterklasse hervorbringt?

Marx und Engels gingen jedenfalls nicht davon aus, dass die Arbeiterklasse bereits eine Klasse ist, die die neue Gesellschaft geradlinig voranbringen könnte. Sie haben genau unterschieden zwischen der Klasse an sich – Subjekte, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen – und der Klasse für sich, zu der sich erstere erst entwickeln muss. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gab es die etwas mechanistische Vorstellung, dass die Tatsache der gemeinsamen Arbeit in einer großen Fabrik bereits zu einer gemeinsamen Organisation bewegt. Heute ist es viel schwieriger, Menschen zur Organisierung oder gar zu Handlungen zu bewegen, da die Mehrheit in unseren Breiten nicht mehr in großen Industriebetrieben arbeitet.

Aber war es nicht bereits in den 1840ern so, dass die Arbeiterklasse zerstreut war, teils widersprüchliche Interessen hatte und in vielerlei Hinsicht desorganisiert war? Inwiefern ist die Materie, die der Marxismus damals angegangen ist, von der heutigen Materie qualitativ unterschieden?

Der Unterschied ist, dass damals eine Entwicklung zum Großunternehmen stattfand. Dort war es zumindest viel leichter, Arbeiter zu organisieren als in kleinen Betrieben, geschweige denn im Bereich des Landproletariats.

Auf der erwähnten Podiumsdiskussion sprachst du von den Folgen der Sanders-Kampagne für die Linke. Die Linke bekam, was sie wollte, Trump ist weg, doch nun ist Biden im Weißen Haus. Stellt Biden einen Fortschritt für die Linke dar?

Es besteht immer ein Fortschritt, wenn du in der Lage bist, einen besonders reaktionären, rassistischen, nationalistischen Klüngel zu begrenzen. Es war auch psychologisch wichtig, diese festgefahrene Trump-Konstellation zu überwinden. Biden hat begriffen, dass es sinnvoll ist, die mehr oder minder funktionierende soziale Ausrichtung der Politik unter Obama zulasten derjenigen zu betreiben, die Geld haben. Nicht nur darin liegt ein Unterschied, die Demokraten sind auch in all den Fragen der Rassendiskriminierung das Gegenteil von Trump. Während das die positiven Aspekte der Wahl Bidens sind, gibt es auch Bereiche, bei denen ich mir nicht sicher bin, ob wir mit der neuen Regierung glücklicher als mit der alten sind. Das betrifft insbesondere die Wiederbelebung einer Weltmachtpolitik, die auf eine Konfrontation mit China und Russland abzielt. Man wird die nächsten Monate abwarten müssen, aber wir sehen bereits jetzt am Beispiel der Ukraine-Frage, dass diese Konfrontation wieder stark angeheizt wird. So unangenehm uns Trump auch in vielen seiner autokratischen, rassistischen, nationalistischen und größenwahnsinnigen Position war, so hat er vernünftigerweise nicht dazu geneigt, militärische Abenteuer einzugehen und wenn man ihn gelassen hat, war er bereit, sich mit Russland und Nordkorea ins Benehmen zu setzen. Trotzdem ist es besser – das bekräftige ich nochmal –, einen zwar problematischen, aber doch berechenbareren Biden an der Spitze zu haben als den etwas sprunghaften Trump. Ich glaube, für linke Politik in den USA ist wichtig: Der Erfolg, den die Demokraten haben konnten ist nicht zuletzt auch der Mobilisierung der linken Kräfte innerhalb der Demokratischen Partei zu verdanken. Auch wenn sie sich zum Schluss mit Bernie Sanders nicht durchsetzen konnten, haben sie wesentlich dazu beigetragen, dass man zumindest einen Teil der Kräfte in der Gesellschaft wieder ansprechen konnte, die bislang von den Demokraten nicht angesprochen worden sind. Dennoch hat Trump unverändert einen erheblichen Rückhalt in Arbeiter-Gegenden, die eigentlich eher sozialdemokratisch orientiert sein müssten. Er wird also auch von denen unterstützt, die unter seinem Rassismus leiden, was man nur schwer verstehen kann und worin für linke Politik eine Herausforderung besteht.

> ***Es besteht immer ein Fortschritt, wenn du in der Lage bist, einen reaktionären, rassistischen, nationalistischen Klüngel zu begrenzen***

Wenn Linke unter diesen Bedingungen agieren wollen, ist es sicherlich nicht verkehrt, charismatische Anführer wie Sanders oder Corbyn zu haben. Es ist also gut, wenn linke politische Kräfte aus dem intellektuellen Elfenbeinturm heraustreten und in der Lage sind, Positionen so zu vermitteln, dass auch der normale Bürger sie zur Kenntnis nehmen kann. Trotzdem scheint der Versuch, die Demokratische Partei und Labour in Großbritannien dauerhaft auf links zu trimmen, in beiden Fällen gescheitert zu sein. Allerdings halte ich auch die Erkenntnis der Linken in den USA für richtig, dass man nach dem Sturz Trumps jetzt den Kampf gegen Biden führen muss.

Was definiert einen Sieg für die Linke bzw. inwiefern braucht die Linke Sozialismus als Horizont, wenn man von Sieg oder Niederlage spricht?

Wir sollten zunächst nicht ganz so groß anfangen. Nach 1989 war weltweite linke Politik für 20 Jahre beerdigt. Das war für die Sozialdemokratie genauso eine Zäsur

wie für den Anarchosyndikalismus. Die ganze Linke hat in den Abgrund geschaut und vielleicht sind die ein oder anderen auch hineingefallen. Erst durch die Entwicklung in Folge der Weltwirtschaftskrise 2007 hat es wieder die Chance für linke politische Kräfte gegeben, sich stärker ins Bewusstsein zu rücken. Es wurde deutlich, dass die Sieger der Geschichte von 1989 doch nicht so erfolgreich waren. Hier ist der Punkt, an dem die Linke – vor allem in den USA, aber auch in anderen Ländern – wieder neu anfangen und sagen konnte: Es gibt offenbar Momente, in denen das bestehende System an seine Grenzen stößt; es ist nicht in der Lage, seine wirtschaftlichen Prozesse zu beherrschen; es hat eine Technologie-Revolution losgetreten, deren soziale Folgen es offenbar nur bedingt bewältigen kann; und es ist nicht in der Lage, die ökologischen Herausforderungen zu meistern. Diese Umstände werden natürlich nicht nur von der Linken erkannt, unsere Konkurrenten von rechts sind leider viel erfolgreicher im Ausnutzen dieser Lage.

Eine linke politische Kraft müsste den einfachen Arbeiter, den einfachen Angestellten, das intellektuelle Proletariat ansprechen, um wieder stärker an Einfluss zu gewinnen. Das schafft momentan keine der drei linken Parteien in Deutschland, die sich stattdessen Menschen aus gehobeneren gesellschaftlichen Verhältnissen zuwenden. Auch in der Linkspartei, der ich angehöre, gibt es „böse" Genossinnen, die auf das Problem hinweisen und dann Ärger bekommen, wie man zuletzt am Beispiel von Sahra Wagenknecht gesehen hat. Über ihre Aussagen lässt sich sicher streiten, aber sie spricht Probleme an, die die wohlfühlorientierten Linken gerne ausblenden. Der einfache Bürger sieht diese Probleme natürlich dennoch und findet blöderweise Antworten nur bei den Rechten.

Hätte in einem Sieg von Sanders ein Fortschritt zum Sozialismus bestanden? Was bedeutet das für den Begriff „Sozialismus", wenn sein prominentester Vertreter heute Bernie Sanders ist?

Durch das Handeln von Bernie Sanders und der linken Kräfte, die hinter ihm standen, ist in den USA zumindest der Begriff „Sozialismus" wieder verwendbar geworden. Es gibt sicherlich auch weiterhin Antikommunisten und Antisozialisten in den USA, aber offenbar ist es möglich, heutzutage wieder über Sozialismus zu sprechen und nicht gleich ermordet zu werden. Das ist ein Fortschritt. Wenn heute radikale linke Politiker wie Sanders oder Corbyn an die Macht kommen, sind sie natürlich auch wieder in politische Strukturen eingebunden. Die Frage ist: Inwieweit können sie diese aufbrechen? Letztendlich hängt die Beantwortung dieser Frage damit zusammen, ob man in der Öffentlichkeit, auf der Straße und im zivilgesellschaftlichen Umfeld tatsächlich eine Bewegung schafft, die ihre Politik spürbar und sichtbar unterstützt.

> ***Durch Sanders ist es in den USA wieder möglich geworden, über Sozialismus zu sprechen, ohne gleich ermordet zu werden***

Lass uns zum zweiten Teil der Frage zurückkehren: Was bedeutet es für den Begriff des Sozialismus, wenn Sanders heute derjenige ist, der für diesen Begriff steht? Du hast eben gesagt: „radikale linke Politiker wie Sanders oder Corbyn". Denkst du, dass Sanders und Corbyn radikal links oder sozialistisch sind?

Nein, ich sage nur: Du brauchst immer Einstiege in den Wandel. Du musst natürlich auch deutlich machen, dass du eigentlich ein Stückchen weiter willst, aber heute wäre schon das Einfordern demokratischer Prinzipien in der Wirtschaftspolitik eine sehr radikale Forderung. Natürlich ist das kein Sozialismus, aber man muss es – im positiven Sinne – als Schritt hin zu einer sozialistischen Gesellschaft verkaufen, die sich vom Profitprinzip löst.

Der Begriff des politischen Progressivismus stammt ursprünglich aus dem frühen 20. Jahrhundert von Theodore Roosevelt. Ebenso könnte man Franklin D. Roosevelt und den New Deal in diese historische Tradition einordnen. Heute scheinen viele Linke – besonders im progressiven Flügel der Demokraten und innerhalb der Democratic Socialists of America (DSA) – einen sehr positiven Bezug dazu zu haben. War der New Deal ein linkes Projekt?

Sicherlich nicht, aber er bewies zumindest, dass es möglich ist, dass der Staat mit gesellschaftlicher Unterstützung in Wirtschaftsprozesse eingreifen kann und muss, insofern ist er auch für linke Politik interessant und wichtig. Ich glaube, viele begreifen gerade erst, dass die neoliberale Vorstellung vom Staat nicht richtig ist. Denn das massive Eingreifen der meisten Staaten im Rahmen der Corona-Pandemie zeigt, dass man den Staat als gestaltendes Instrument, das progressive Veränderungen herbeiführen kann, ernst nehmen muss. Auch der New Deal veranschaulicht diesen Umstand: Er war die eine Alternative im Angesicht der Weltwirtschaftskrise 1929, der Faschismus war die andere. Letzterer hat auch funktioniert, aber wir wissen, wo er hingeführt hat. Daher ist der positive Bezug auf den New Deal, insbesondere für die US-amerikanische Linke, aber auch für die Linke in Deutschland durchaus nicht abwegig. Der Staat verschuldet sich für den Aufschwung der Wirtschaft, aber das ermöglicht keinen Sozialismus. Daher sollte man darauf achten, dass die Wirtschaftseingriffe durch demokratische Räte geleitet werden, die aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehen.

Rechtshistorisch betrachtet kann man die heutigen Betriebsräte in Deutschland bis zu den Räten 1918 zurückverfolgen. Gleichzeitig kann man nicht davon sprechen, dass sie ihren politischen Inhalt von 1918 bis heute beibehalten haben. Mich erinnert das ein wenig an Lenins Frage: „Wer – wen?".[2] *Also wer führt wen und wohin, wer hat die politische Führung inne? Was bedeutet es, wenn wir mit dieser Frage an den New Deal damals sowie an*

den Green New Deal heute herantreten?

Ein wie auch immer geartetes Rätesystem kann nur als relevant betrachtet werden, wenn es über einen längeren Zeitraum hinweg politischen Einfluss ausübt. Die bei Kriegsende 1918 mehrheitssozialdemokratisch kontrollierten Räte waren zwar keine Revolutionsorgane, aber eine Form der Mitbestimmung. Das sind die Betriebsräte heute auch noch, aber die Gefahr ist groß, dass sie – bewusst oder unbewusst – eingekauft werden. Man muss eine solche Entwicklung verhindern, indem man die Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen im Umfeld der Betriebsräte immer wieder dazu anstachelt, ihre Vertreter kritisch zu hinterfragen und zu kontrollieren. Wir sollten Lenin dankbar sein, denn in der Russischen Revolution gab es immer die Option, die Räte abzuberufen. Historiker haben den Nachteil, dass sie wissen, wie es früher ausgegangen ist, aber meistens nicht wissen, wie es heute besser geht. Das bremst den Optimismus.

Inwiefern ist dieser Optimismus begründet, wenn der New Deal die damals moskautreue Kommunistische Partei der USA (KPdUSA) dazu gebracht hat, die Demokraten zu unterstützen? Auch Sanders ist als Demokrat angetreten und hat seine Unterstützer nach seiner Niederlage dazu aufgefordert, die Demokraten zu wählen.

Als Politiker steht man manchmal vor der Herausforderung, sich für etwas zu entscheiden, das man nicht unterstützt. Ich würde das Sanders nicht vorwerfen. Er hat in der politischen Situation das gemacht, was vermutlich aus seiner Sicht und für Linke in den USA am sinnvollsten ist, nämlich den Fokus auf die Beseitigung von Donald Trump zu legen. Ich denke, dass 2022 ein spannendes Jahr wird, denn dann wird die Pandemie hoffentlich zu Ende sein und die Rechnungen werden präsentiert. Irgendjemand muss bezahlen, was in dieser Krise nicht erwirtschaftet worden ist und was als Unterstützungsleistungen an Firmen gezahlt worden ist. Das wird vor allem die arbeitenden Leute treffen und daher stehen uns spannende Kämpfe bevor.

Linke innerhalb und außerhalb der Linkspartei führen eine Diskussion entlang der Linien „Klassenpolitik gegen Identitätspolitik". Was denkst du über diese Diskussion?

Ich denke nicht, dass eine Diskussion entlang dieser Linien sinnvoll ist. Die historische Linke war schon einmal weiter, da sie begriffen hat, dass diese Dinge zusammengehören. Die Linke hat geglaubt, dass alle Probleme gelöst werden könnten, sobald sie an der Macht ist. Die Geschichte hat gezeigt, dass viel Vernünftiges erreicht worden ist, das heute noch Bestand hat, auch wenn nicht alle Probleme vollumfassend gelöst werden konnten. Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen kam erst in den 1960ern und 1970ern unter Linken in der Bundesrepublik auf, die in Kontakt zu den Marxismus-Diskussionen in Osteuropa und China standen. Natürlich ist die Diskussion um Klassen- und Identitätspolitik nicht

Bernie Sanders hält eine Rede vor Unterstützern in Phoenix, Arizona, 19. März 2016.[3]

abwegig, es werden dort völlig berechtigte Fragen der Diskriminierung und Benachteiligung gestellt. Aber die Schlüsselfrage wird weiterhin die Frage nach anderen Eigentumsverhältnissen sein. Ich sehe mit Sorge, dass viele Linke länger über die Frage nach dem richtigen Gendern diskutieren als darüber, dass wir alle den gleichen Feind haben, der etwas mit dem Kapital zu tun hat.

Die Linkspartei bereitet sich auf ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis (R2G) vor. Gleichzeitig versteht sie sich selbst als Partei der sozialen Bewegungen. In welcher Beziehung stehen diese Ansprüche zueinander?

Es wird kein R2G geben – das wäre insbesondere für die Linkspartei verhängnisvoll. Erstens werden dazu die parlamentarischen Mehrheiten fehlen und zweitens möchte die Linkspartei eine Partei der sozialen Bewegungen sein. Letzteres hat sie punktuell geschafft, sie konnte eine Verbindung zu Teilen der Gewerkschaften und zu eher identitätsorientierten Akteuren der Zivilgesellschaft herstellen. Aber ihr Schwachpunkt ist die fehlende strukturelle Verankerung, da ist noch viel Luft nach oben.

Aber gleichzeitig scheint die Partei derzeit nach R2G zu streben. Würdest du dem zustimmen?

Es gibt einen starken Teil der Partei, der R2G für die Lösung hält. Einerseits haben wir mit Susanne Hennig-Wellsow eine Parteivorsitzende, die das mit Begeisterung in ihrem Bundesland praktiziert. Andererseits haben wir mit Janine Wissler eine Parteivorsitzende, bei der fraglich ist, ob sie für R2G dauerhaft zu haben ist. Die Auseinandersetzungen darüber in der Partei sind alles andere als abgeschlossen, aber ich habe große Bauchschmerzen dabei, wenn ich daran denke, was die Linkspartei programmatisch für R2G opfern müsste.

Am Anfang hast du die berühmte Formulierung benutzt, dass die Klasse „an sich" zur Klasse „für sich" werden soll.[4] Das spielt auf die Partei an: Die Partei im marxistischen

Sinne hat eine Dimension, die über das grundsätzliche bürgerliche Verständnis hinausgeht. Würdest du sagen, dass eine solche Partei derzeit in Form der Linkspartei besteht? Und falls nicht: Ist sie heute noch notwendig?

Es dürfte aufgefallen sein, dass ich das ganze bisherige Gespräch über um die Frage nach der Partei herumgeeiert bin. Die Partei im marxistischen – und im leninistischen – Sinne ist die einzige Garantie, die politische Auseinandersetzung zum Erfolg zu führen. Doch hinter der Partei-Frage steht ein ganz großes „Aber". Bei allem Respekt sind DKP und MLPD nur Randphänomene und die Linkspartei ist definitiv keine Partei im marxistischen Sinne. Die Linkspartei hat eine ausgeprägte bezahlte Funktionärsschicht, die sich zusammen mit den Stiftungseinrichtungen herausgebildet hat, aber ihre Fähigkeit, in die Gesellschaft auszustrahlen hält sich in Grenzen. Abgesehen davon haben wir die größere Schwierigkeit, dass wir sehr zwiespältige historische Erfahrungen mit den marxistisch-leninistischen Parteien nach 1917 haben. Das waren straff organisierte Parteien, die zunehmend die Fähigkeit zur inneren Demokratie und Selbstkritik verloren haben und zu Hochzeiten des Stalinismus außerordentlich repressiv und zum Teil auch mörderisch agiert haben. Daher ist es verständlich, dass dieses Parteikonzept bei vielen Linken in Verruf geraten ist. Ich versuche dennoch den ursprünglichen Ansatz einer Partei zu wahren, die sich sowohl demokratisch formiert als auch eine klare Politik vertritt und durchsetzt – letzteres fehlt bei der Linkspartei momentan völlig. Es gibt Risiken, auf die uns die Geschichte der kommunistischen Parteien verweist, aber ohne eine marxistische Partei wird es schwer sein, neue Strukturen hin zum Sozialismus aufzubauen. **|P**

1 Die Podiumsdiskussion ist online abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=ykLrCoKWzJc.

2 Wladimir I. Lenin: „Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgabe der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung", in: *W.I. Lenin-Werke* (Bd. 33), Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1978, S. 46.

3 © Gage Skidmore from Peoria, AZ, United States of America (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bernie_Sanders_(25878773721).jpg), „Bernie Sanders (25878773721)", https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode.

4 Nikolai I. Bucharin: *Theorie des historischen Materialismus*. Hamburg 1922, S.344.

POLITIK IN DEN OFFENEN RAUM DER GESCHICHTE HINEIN

Ein Interview mit Tobias Schweiger über die politische Bedeutung der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der KPÖ

von Andreas Wintersperger

Tobias Schweiger ist seit Juni 2021 einer von sechs BundessprecherInnen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Davor wirkte er federführend im Aufbau der Jungen Grünen (JG). Nach deren Ausschluss aus der grünen Bundespartei 2017 war er Mitbegründer der unabhängigen Jugendorganisation Junge Linke (JL). In Bremen organisierte er Kapital-Lesekreise für die Rosa-Luxemburg-Stiftung und war bei der antideutschen Gruppe associazione delle talpe aktiv.

Das Interview wurde am 28.07.2021 geführt. Es folgt eine gekürzte und editierte Version des Gesprächs. Eine ausführlichere Version des Interviews ist hier zu finden:

ANDREAS WINTERSPERGER: *Du bist am KPÖ-Parteitag im Juni 2021 mit Sarah Pansy in ein Team von sechs BundessprecherInnen gewählt worden. Die KPÖ ist mit ihrer Gründung im November 1918 eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt, die heute noch denselben Namen trägt. Ist die rein historische Tatsache ihres langen Bestehens und vor allem die vielen Umbrüche, die sie durchlaufen hat, für dich in deiner Arbeit als Bundessprecher eher ein Hindernis oder ein Vorteil?*

TOBIAS SCHWEIGER: Beides. Wie in den meisten Teilen der Linken reflektiert sich in der KPÖ, dass man zwar in einer Kontinuität zur Geschichte der Linken steht, aber weder einen entspannten noch einen griffigen Umgang mit dem eigenen Scheitern gefunden hat. Es gibt in der KPÖ eine Art Schuldgefühl, aus der heutigen Perspektive zu bestimmten Zeiten auf der „falschen Seite" gestanden zu haben. Gleichzeitig gibt es einen Unwillen, die Angebote aus den eigenen Reihen zur Weiterentwicklung anzunehmen – teilweise aus verständlichen Gründen. Ich glaube, es war bisher üblich, Dinge zu wiederholen, ohne

sie aufgearbeitet zu haben und gleichzeitig nicht mit der eigenen Geschichte zurechtzukommen. Man kann nicht mit ihr und man kann nicht ohne sie. Das ist ein Hindernis für die konkrete Arbeit mit Leuten oder Zusammenhängen innerhalb der Partei.

Doch diese Probleme sind zugleich Vorteile. Der Name und die dazugehörige Tradition bringen eine Ernsthaftigkeit und Festigkeit mit sich. Er sagt, wo wir hinwollen und wo wir herkommen. Wir gehören derselben Parteifamilie wie Lenin und Luxemburg an, hieran haben Leute von der Wiege bis zur Bahre geglaubt, hier waren Leute im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und haben ihr Leben gelassen, hier haben Leute das Überleben von kommunistischen Regimen im Kalten Krieg begleitet und unterstützt. Die KPÖ könnte programmatisch klarer sein, aber in der Außenwahrnehmung sagt der Name viel: In Folge des Antikommunismus gibt es die Idee, dass ein Kommunist es sehr ehrlich meint, weil er sich alle bürgerlichen Karrierewege abgeschnitten habe. Das Ziel, eine kommunistische Partei und Bewegung aufzubauen, steht, auch wenn niemand weiß, was die nächsten Schritte dahin sind. Aber das sind Materialisierungen von historischen Gewissheiten, die zwar mittlerweile ungewiss sind, die aber von neuem durchzusetzen ich mich ad hoc nicht in der Lage sehen würde.

Ein weiterer Vorteil ist die österreichweite Struktur der KPÖ. Wir müssen nicht von Wien aus irgendwo Fuß fassen, um festzustellen, dass die Leute Wien nicht so lieben, sondern haben ‚natürliche Ankerpunkte' und es gibt österreichweit geteilte Erfahrungen: Sei es in der Steiermark oder Salzburg, aber auch in vielen kleinen Gemeinden, die der KPÖ nicht das Aussehen einer Großstadt-Linken geben. Das ist in einem der ländlichsten Staaten Europas relevant.

Die KPÖ erwies sich seit ihrer „Bolschewisierung" (und der der Dritten Internationale) durch Stalin bis zum Fall der Sowjetunion schlussendlich immer wieder als getreue Verfechterin der politischen Linien und Losungen aus Moskau. Ein Beispiel ist die parteiinterne Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus während der Krise der Neuen Linken. Wie beurteilst du konkret das historische Verhältnis der KPÖ zur Sowjetunion beziehungsweise die stalinistische Vergangenheit der KPÖ? Welchen Einfluss nimmt diese „materialisierte Geschichte" auf deine Arbeit als Bundessprecher? Hast du auch ein Schuldgefühl? Spielt es eine Rolle in deiner konkreten Arbeit als Bundessprecher?

Ja und nein. Ich habe eher mit der versuchten Bearbeitung davon zu tun und damit, welche Resultate das gezeitigt hat. Ich begegne dem prinzipiell naiv, auch wenn ich es oft besser weiß, weil man die Leute kennt und einen demnach die Frage beschäftigt: Wie war es möglich, dass Leute, die mit wachem Geist die heutige Situation beurteilen – sofern sie noch leben –, sich derartig der eigenen politischen Gestaltungsfähigkeit und Verantwortung entschlagen und so abhängig gemacht haben. Das lässt sich auf den unterschiedlichen Ebenen alles im Nachhinein rationalisieren als ökonomische Verflechtungen, aus Isolation ob des Antikommunismus, den man damit noch perpetuiert, wie man sich einrichtet und derlei mehr, bis die Situation so ist, wie sie ist. Es sind für mich diese Anfangsmomente, die ich mir nicht vorstellen kann. Zum Beispiel warum das nach dem Zweiten Weltkrieg so eine starke Wirkung entwickelt hat und warum man sich so dermaßen unterkriegen hat lassen. Ich tue mir schwer, das zu beurteilen.

> ***Ob das Projekt Lenins gescheitert ist, entscheidet sich daran, ob es wieder Kräfte geben wird, die sich dieser Position verschreiben werden oder nicht***

Findest du es für deine Aufgabe in der Partei wichtig, darüber ein Urteil zu haben?

Mich beschäftigt und fasziniert eher das Scheitern vor dem Zweiten Weltkrieg, die 1920er, weil sie den Übergang von Lenin zu Stalin markieren. Bei allen Feinheiten lässt sich doch eine grundlegende Differenz festhalten: Lenin macht Politik in den offenen Raum der Geschichte hinein und weiß, dass die Revolution nicht von Dauer sein wird, wenn sie nicht das Feuer in den industrialisierten Zentren entfacht. Hierin liegt die Reflexion, dass man ein unglaubliches historisches Wagnis eingeht, das scheitern kann…

Ist das Projekt, das Lenin angefangen oder weitergeführt hat, gescheitert?

Man hat enorme Niederlagen erlitten. Ob es gescheitert ist, entscheidet sich daran, ob es wieder Kräfte geben wird, die sich dieser grundsätzlichen Position verschreiben werden oder nicht. Momentan sieht es aus, als wäre es gescheitert. Aber liegt das am Projekt selbst? Die grundlegende Differenz ist, dass Stalin genau dieses von Lenin aufgemachte Verhältnis der Politik in den offenen Raum hinein umdreht und sagt, Lenin hätte die Russische Revolution nie gemacht, wenn wir in Russland den Sozialismus nicht allein realisieren könnten. Das ist für mich die grundlegende Differenz und die Frage: Ist Geschichte offen und deswegen auch offen für eine kommunistische Intervention, Politik und Praxis oder nicht?

Ist dieses Geschichtsverständnis kontrovers innerhalb der KPÖ?

Es ist wenig diskutiert. Man kann auch behaupten, die Revolution in Russland sei geglückt, man konnte sich gegen die Kräfte des Bürgerkriegs und der westlichen Interventionsmächte durchsetzen und etablieren. In dieser Situation nach einer Stabilisierungsideologie zu suchen, verstehe ich. Dass es aber gelang, diese an sich fragwürdige Legitimationsideologie zur Stabilisierung

der Revolution in Russland entgegen aller Erfahrung und Kampfpraxis in eine weltkommunistische Bewegung zu übersetzen, bringt mich zum Staunen über die kommunistischen Parteien und auch die KPÖ. Diese Resignation des Denkens, die sich in der langen Treue zur Sowjetunion äußert, ist individualpsychologisch nachvollziehbar, aber politisch fatal. Mir scheint, dass auch die Folgeerscheinungen nach dem Zweiten Weltkrieg sich daraus ableiten. Die Resignation des Denkens in der Orientierung auf die Sowjetunion als das, was man nun mal hat, erhält sich in diversesten ideologischen Formen selbst über ihren Untergang hinaus und reflektiert sich in der Praxis der kommunistischen Parteien.

Um wieder Einfluss und Führung über gesellschaftliche Bewegungen zu übernehmen: Wie beurteilst Du das Verhältnis einer marxistischen Partei zu gesellschaftlichen Bewegungen und zur Arbeiterklasse? Wozu gibt es sie? Was soll sie tun oder sein?

Grob gesagt ergibt sich aus der Analyse von Marx der Umstand, dass die ArbeiterInnenklasse auch heute noch die einzige Kraft ist, die die kapitalistische Produktionsweise aufheben kann und muss. Sie kann sich politisch konstituieren, indem sie von der ArbeiterInnenklasse zum Proletariat wird. Weiters ergibt sich aus der Analyse, dass es aus der kapitalistischen Produktionsweise heraus genug Abgleitflächen der ArbeiterInnenklasse zu einem politischen Bewusstsein gibt, an die man als Linke anknüpfen kann. Ebenso gibt es auch vom Standpunkt des Proletariats aus mehr als genug Abgleitflächen, als ArbeiterInnenklasse systemimmanent zu bleiben und es bei stabilisierenden Forderungen zu belassen. In diesem Spannungsverhältnis, in dem es darum geht, die Herausbildung des Subjekts Proletariat zu unterstützen und zu führen, halte ich eine kommunistische Partei für unverzichtbar und nicht durch andere soziale Akteure ersetzbar. Diesbezüglich stehen wir relativ kacke da und zwar eher so, wie in Teilen Europas Mitte des 19. Jahrhunderts noch vor der Gründung von proletarischen Parteien der Arbeiterbewegung. Deshalb besteht die Aufgabe der Partei in der Reflexion auf die Geschichte und das eigene Scheitern – heißt: die Voraussetzungen der eigenen historischen Entstehung – zu begreifen. Es fehlen die Begriffe dafür, die nicht völlig akademisch durchsetzt sind: das, was man in Form von Kulturvereinen, der Gründung von Gewerkschaften oder einer Gegenöffentlichkeit für die ArbeiterInnenschaft gemacht hat, der Organisation des sozialen Lebens für jene Teile der Gesellschaft, die aus der bürgerlichen ausgeschlossen waren. Dieser soziale Resonanzraum ist die Bedingung einer Partei.

Gleichzeitig sind wir nicht Mitte des 19. Jahrhunderts, um so zu tun, als gäbe es keine KP, denn es gibt eine und die hat ihre Geschichte. Dadurch, dass man eine kommunistische Partei ist, steht man vor der Aufgabe nicht einfach

Sitz des Globus-Verlags in Wien-Brigittenau, Parteiverlag der KPÖ zwischen 1945 und 1993, aufgenommen 1961.[1]

nur eine Partei zu sein, wie es einem die bürgerlich-repräsentative Demokratie vorschlägt, sondern eben auch präpolitische Aufgaben zu erfüllen hat.

Hat die KPÖ in ihrer heutigen Form die Fähigkeiten oder die Strukturen, die mitzubringen sind, um die Aufgaben zu bestreiten, die du jetzt skizziert hast?

Die KPÖ ist verhältnismäßig dafür prädestiniert, die entsprechenden Kräfte zu sammeln. Wenn man sich der Frage einer kommunistischen Bewegung oder Partei verschreibt, ist es sinnvoll, an der Stelle anzusetzen, wo sie gegeben ist. Sie ist nicht dafür prädestiniert, insofern wir aktuell nicht die fähigsten aller politisch Aktiven konzentrieren. Ich wüsste aber auch nicht, wo das sonst der Fall wäre. Mir scheint, sehr viel mehr Menschen als noch vor zehn Jahren sind auf der Suche nach einer Partei, die das tut. Bei aller Wertschätzung der Arbeit der steirischen GenossInnen, ist es dort mindestens nur halb gelungen, mehr als „die Partei für die Menschen" zu sein. Aber man hat gezeigt, dass die KPÖ der Ort dafür sein kann, weil es dort Ansätze davon gibt und dieses Verständnis zumindest symbolisch gelebt wird, auch wenn es praktisch noch nicht sehr weit reicht.

> ***Die Aufgabe der Partei besteht in der Reflexion auf die Geschichte und auf das eigene Scheitern***

Man kann nicht so tun, als gäbe es keine kommunistische Partei. Gleichzeitig ist die KPÖ mindestens seit Jahrzehnten ein politisches Randphänomen. Bestand für dich in deiner bisherigen politischen Laufbahn jemals die Möglichkeit und/oder Notwendigkeit zur Gründung einer eigenständigen Partei?

Es gab immer das Gedankenspiel, allerdings keine Situation, in der es mir nicht wie eine Kopfgeburt vorgekommen wäre. Es ist möglich, dass die Gründung einer Partei oder eines Wahlbündnisses taktisch sinnvoll ist oder scheint, aber aus dem eben erläuterten Verständnis

Mitglieder der KPÖ auf dem Aktionstag zum 100. Internationalen Frauentag am 19. März 2011 in Wien.[2]

einer Partei kann sie keine Kopfgeburt sein. Das Gedankenspiel bestand darin, ob es einfacher wäre, ein politisches Vorfeld für eine politisch unbefleckte Partei zu schaffen. Das ist aber ein zweischneidiges Schwert: Man gewinnt die vermeintliche Freiheit, sich mit der Geschichte der Linken nicht beschäftigen zu müssen, stößt aber als Kommunist immer daran, dass man nun mal ein Kommunist ist und entsprechend etwas mit dieser Geschichte zu tun hat. Man entkommt ihr nicht, indem man sich anders nennt und die Leute ausschließt, die mit den Vorurteilen oder Urteilen der Gesellschaft befleckt sind. Ich habe in eitlen Momenten gedacht, ich wäre der richtige Typ, eine Partei zu gründen, aber meistens habe ich schnell gemerkt, dass das eine Scheißidee ist, auf die man kommt, wenn man gerade zu lange in den Spiegel geschaut hat.

Warum ist es eitler, eine neue Partei zu gründen, als die KPÖ zu diesen Zielen zu bringen?

Vielleicht ist es das nicht. Aber im Rahmen einer konstituierten Partei wirst du immer wieder mit deinen eigenen Grenzen konfrontiert, mit den historisch gewachsenen Ansprüchen, die Mitglieder an eine kommunistische Partei haben. Man wird immer wieder vor die Fragen gestellt: Wie muss ich mich da eigentlich verhalten? Was wird dem gerecht, wo ich hinwill? Und was ist mein Auftrag? Immer wieder wird man konfrontiert mit der Geschichte der Partei.

Zum Beispiel haben wir für den Bereich Wohnen vorgeschlagen, durch Hausbesuche verstärkt aktivierend zu arbeiten, weil das bei Sanders und Corbyn Erfolg hatte. Daraufhin sagten Mitglieder, dass das in den 30ern und 70ern schon gemacht wurde und fragten, warum das jetzt genau der Weg sein soll. Ich habe eine Demut vor alldem, was ich vielleicht nicht bedenke und vielleicht auch im Bedürfnis und der Aufgabe, andere zu motivieren, ausblende, was eigentlich wichtig ist. Da gibt die Auseinandersetzung mit Parteimitgliedern, die länger in der Partei sind als ich alt bin, eine Sicherheit. Die in der Partei materialisierte und personalisierte Erfahrung gibt es nicht in einer Neugründung.

Meiner Generationenerfahrung entsprechen eher Versuche, eine Partei zu gründen: die deutsche Linkspartei, die Liste Jetzt in Österreich, Podemos in Spanien und Syriza in Griechenland, wobei die alle auch Vorläufer hatten. Podemos und Syriza ist gelungen, in einer extrem zugespitzten Situation der Staatsschuldenkrise die Idee zu generieren, dass es Staaten oder linke Parteien des europäischen Südens gibt, die das europäische und internationale Kapital und die neoliberale Ausgestaltung der EU herausfordern können. Aber wie lange hat es gedauert, bis sie stranguliert wurden? Bei Syriza waren es, wenn überhaupt, drei Wochen. Diese Neugründungen hatten bei schnellem Erfolg und Wachstum den Nachteil, dass es bei diesem super-dynamischem Aufbau nie gelingt, die gesellschaftliche Verankerung mitzuproduzieren, die notwendig wäre, um tatsächlich ernsthafterweise Nein („OXI") sagen zu können, weil man dann auch Nein machen kann. Die Griechen haben Nein gesagt, die Regierung hat versucht, Nein zu sagen und die von Varoufakis genannte „nukleare Option" gezogen und man ist in sich zusammengebrochen. Eine kommunistische Partei, die es ernst meint, dass sie den Kapitalismus abschaffen kann, muss in der Lage sein, Nein umzusetzen.

Podemos hat bei der Regionalwahl in Madrid im Mai 2021 ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren und Pablo Iglesias sämtliche politischen Ämter zurückgelegt. Ist die Lektion aus den Neugründungen für dich, in die KPÖ zu gehen?

Nein. Die Lektion für mich ist, dass eine Partei einen Resonanzraum braucht. Wie die kommunistische Partei im Sinne des *Kommunistischen Manifests* muss sich jede Bewegung zur Überwindung der kapitalisti-

schen Verhältnisse ihrer eigenen Voraussetzungen bewusst sein. Ob die KPÖ der richtige Ort ist, um sich diese Voraussetzungen selbst zu schaffen, darüber gibt es keine Gewissheit, sondern nur ein aus den bisherigen Erfahrungen herauswachsendes Dafürhalten und den Grundsatz, den ich immer gehabt habe: Wenn man eine Möglichkeit bekommt, die man für offen hält, dann nutzt man sie. Ich bin mir nicht sicher, ob nicht größerer Schaden aus der Angst heraus entsteht, dass die Situation schon geschlossen ist und man dadurch die Aufgabe erst gar nicht annimmt.

Du warst Gründungsmitglied der JG und nach deren Rauswurf aus der Mutterpartei 2017 wesentlich am Aufbau der JL beteiligt. Laut Vereinsstatuten der JL enden sämtliche relevanten Mitgliedsrechte mit der Vollendung des 30. Lebensjahres. Soll die KPÖ zum neuen Ort für diejenigen werden, die für die JL zu alt sind?

Das ist für mich einfach zu beantworten: Natürlich soll das so sein, ich bin ja schon dort. Wir sind aber transparent, was den Zustand der Partei angeht, was eine der wenigen guten Karten ist, die wir haben. Es ist nicht der Zustand, den wir für eine kommunistische Partei bräuchten. Das betrifft auch unmittelbare und systemimmanente Fähigkeiten. Wir sind angetreten, die KPÖ kampagnenfähig, organisierungsfähig, interventionsfähig zu machen, aber das kann gelingen oder scheitern. So wertvoll mir die Genossinnen und Genossen der JL sind – und es wird sich in den nächsten Jahren für einige die Frage stellen, ob sie einen neuen Ort brauchen –, übernimmt man auch immer eine Verantwortung, wenn man sie in ein politisches Projekt einlädt. Ich sage, wo ich hinwill, aber lege auf der anderen Seite auch über den aktuellen Zustand Rechnung ab. Es ist noch eine sehr individuelle Entscheidung, ob man das Projekt als sinnvoll ansieht oder eben nicht. Auch wenn die Chancen, dass es gelingt, besser werden, wenn man mehr Kräfte zur Verfügung hat.

Mit dir und Sarah Pansy sind zwei Personen im neuen Führungsteam der KPÖ, deren politische Vergangenheit wesentlich vom Aufbau der JL mitgeprägt war. Welche Bedeutung hat diese politische Vergangenheit bei der JL für eure Arbeit als Bundessprecher der KPÖ?

Meine gesamte politische Geschichte hat eine Bedeutung dafür. Es gab Momente von Selbstüberhöhung und Nichtverständigung darüber, wo man eigentlich in der Gesellschaft steht. Gleichzeitig haben hier Menschen unheimlich viel gelernt, Verhältnisse zu interpretieren, gerade wenn ihnen die Schwierigkeiten bewusst sind und sie eine gewisse Skepsis gegenüber dem Projekt an den Tag legen, das ich gerade angehe. Die Leute haben sich unheimlich viele Fähigkeiten angeeignet, die ihnen im Zweifelsfall eine gute bürgerliche Karriere ermöglichen, ihnen aber auch die Möglichkeit geben, in einer entstehenden Partei eine wertvolle Rolle zu spielen. Das Projekt hat eine Offenheit in sich, die man mitnehmen muss. Mit der Partei-Frage ist man nun an der Spitze angelangt. Man kann nicht mehr sagen: „Schauen wir, wohin das führt", die Leichtfertigkeit ist vorbei, wenn es um eine konkret kommunistische Partei geht. Darauf habe ich mein Leben lang hingearbeitet.

Ich versuche aus meiner Vergangenheit mitzunehmen, dass die momentanen Formen, die in der Linken vorherrschend sind, weder einfach als Mosaik for granted zu nehmen sind, noch dass sie einfach vom Feldherrnhügel aus wegzuwischen sind. Es ist immer zu überlegen, was sich in ihnen aufgehoben hat, was in ihnen entwickelt wurde, was für die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei und für die Neukonstituierung einer tatsächlich interventionsfähigen Linken brauchbar enthalten ist.

Wo soll die KPÖ in 10 Jahren stehen, was soll sie sein?

Gelungen ist uns, was wir uns vorgenommen haben, wenn wir in 10 Jahren in allen zentralen Lebensbereichen – heißt: Wohnen, Arbeit, Gesundheit und noch ein paar andere Bereiche – einen relevanten Teil von Menschen organisiert haben, die diese Bereiche durchwegs bearbeiten und damit auf einer sehr praktischen Ebene die Interventionsfähigkeit der Partei darstellen.

Gelungen ist uns, was wir uns vorgenommen haben, wenn es eine Selbstverständlichkeit geworden ist, dass die KPÖ etwas zu den aktuellen Geschehnissen sagt, das man versteht und oft genug etwas vorantreibt, das die aktuellen Geschehnisse mitproduziert.

Gelungen ist uns, was wir uns vorgenommen haben, wenn zu dieser Zeit eine relevante Zahl von Menschen in einer wie auch immer qualifizierten Öffentlichkeit ohne verschämten Grinser, halb von Schuldgefühlen oder zweifelnden Blicken nicht nur sagen können, dass sie Kommunistinnen und Kommunisten sind, sondern dass die kommunistische Perspektive, die man vorschlägt, bestimmten Charakter hat – wenn man also in 10 Jahren in der Lage ist, programmatisch mehr zu dem zu sagen, was kommunistische Partei und Bewegung heißt als heute und das, was man sagt, auf mehreren Ebenen einen Resonanzraum findet. **|P**

1 Mit Dank ans Archiv der KPÖ für die Zurverfügungstellung.

2 © Haeferl (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aktionstag_anlässlich_des_100._Internationalen_Frauentages_-_KPÖ.jpg), „Aktionstag anlässlich des 100. Internationalen Frauentages - KPÖ", https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode.

ZIELSETZUNG DER PLATYPUS REVIEW

Gefördert von:

ÖH Uni Wien

HochschülerInnenschaft an der Universität Wien

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundsätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt - durch ein einfaches „Weiter so!". Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten – nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

PLATYPUS VOR ORT

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Chefredakteur
Tobias Rochlitz

Korrektorinnen und Korrektoren
Jim Igor Kallenberg
Lisa Müller
Jan Schroeder
Betül Yildirim

Designer
Max Hörügel

Web-Editor
Lucas Burisch

Social Media Editor
Jonas Reiber

Versand
Lucas Burisch

Weitere Infos zu den Chaptern gibt es auf:

platypus1917.org/germany
platypus1917.org/austria

Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000–40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an die.platypus.review@gmail.com senden.